



II-4498 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Zl. 410.140/93-IV/1/82

Schriftliche parlamentarische
Anfrage Nr. 2130/J vom 12. Ok-
tober 1982

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

den 11. November 1982

2078 /AB

1982 -11- 11

zu 2130 /J

Herrn

Präsident des Nationalrates
Anton BENYA

1010 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. PAULITSCH,
Koppensteiner und Genossen haben am 12. Oktober 1982
unter der Nr. 2130/J eine schriftliche parlamenta-
rische Anfrage betreffend Vereinbarung zwischen Bund
und Land Kärnten gemäß Art. 15 a B-VG an mich ge-
richtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Gibt es bereits Verhandlungen zwischen Bund und dem Land Kärnten über den Abschluß einer neuerlichen Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG?
2. Wenn ja, was ist der Inhalt dieser Verhandlungen?
3. Soll im Rahmen eines derartigen Staatsvertrages auch eine Sonderförderungsaktion für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen verankert werden?
4. Bis wann soll ein derartiger neuer Vertrag zwischen dem Bund und dem Land Kärnten abgeschlossen werden?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Die Verhandlungen zwischen Bund und Land Kärnten zum Abschluß einer neuerlichen Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG sind auf Beamtenebene am 21. Oktober 1982 eingeleitet worden.

Zu Frage 2:

Gegenstand der Verhandlungen des Bundes mit dem Land Kärnten sind eine vom Land Kärnten mit August 1982 übermittelte "Gesprächsunterlage für die Verlängerung der Vereinbarung über Vorhaben im Land Kärnten, an welchen der Bund und das Land Kärnten interessiert sind", sowie der mit 21. Oktober 1982 übermittelte Kärntner Entwurf für eine zweite derartige Vereinbarung.

Die zuletzt übergebene Kärntner Unterlage sieht u.a. vor: die Fortsetzung bestimmter, bereits in der Vereinbarung von 1979 vorgesehener Maßnahmen (Autobahnbau, Grenzlandförderungsprogramm), die Förderung der Nationalparkgebiete Kärntens, die Fortsetzung der Kohleprospektion im Lavanttal, sowie eine Reihe von Projekten, die den Ausbau von Anlagen der ÖBB betreffen.

Zu Frage 3:

Der Vorschlag einer Sonderförderungsaktion für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, wie sie in den letzten Jahren vom Bund mit einzelnen Bundesländern eingerichtet wurde (z.B. die Gemeinsame Sonderförderungsaktion Bund und Land Steiermark zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen in der Obersteiermark), ist in den Kärntner Gesprächsunterlagen nicht enthalten, wohl aber der Vorschlag einer "projektsbezogenen Arbeitsplatzförderung durch die Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H."

Inwieweit eine derartige projektbezogene Arbeitsplatzförderung in einer Vereinbarung Bund und Land Kärnten gemäß Art. 15 a B-VG verankert werden kann, wird sich aus den noch laufenden Verhandlungen ergeben.

Zu Frage 4:

Voraussichtlich kann eine neue Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen Bund und Land Kärnten bis zur Beendigung der laufenden Legislaturperiode abgeschlossen werden.

